Bürger für Demokratie: Barbara Nowacka mit anderen Mitgliedern des außerparlamentarischen Widerstands

POLEN

DAS GESICHT DES WIDERSTANDS

Auf sie setzen Gegner der nationalkonservativen Regierung: Barbara Nowacka ist die Hoffnungsträgerin der Oppositionsbewegung

Von Madeleine Janssen

Barbara Nowacka rauscht mit einem alten Subaru Forester, dem Auto ihrer Mutter, durch den Warschauer Innenstadtverkehr. Die Politikerin Izabela Jaruga-Nowacka ist 2010 beim Flugzeugunglück im russischen Smolensk ums Leben gekommen, zusammen mit Staatspräsident Lech Kaczyński und vielen anderen. Der wacklige Subaru ihrer Mutter erinnert Barbara jeden Tag an den Grund, warum sie in die Politik eingestiegen ist.

Denn um die Flugzeugkatastrophe tobt in Polen ein Glaubenskrieg: Die Nationalisten rund um Kaczyńskis Zwillingsbruder Jarosław, ehemals Ministerpräsident, vermuten einen Anschlag dahinter, die Gemäßigten sehen einen Unfall. Das Wrack der Maschine befindet sich noch immer in Russland. Das Unglück hat die polnische Gesellschaft gespalten wie kein Thema zuvor. „Vor zwei, drei Jahren“, sagt Barbara Nowacka, „ging es noch allein um Smolensk. Heute geht es um alles.“

Alles: Dazu gehört auch das strenge Abtreibungsrecht. Die ultrakonservative Regierung der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) wollte es im Herbst 2016 weiter verschärfen. Doch plötzlich waren die Innenstädte voller wütender Menschen. Sie waren schwarz gekleidet, als trauerten sie über den Weg, den ihr Land einschlägt. Diese „schwarzen Proteste“ sind die bisher größte Bewegung gegen die Regierung, am Ende knickte sie ein. Jarosław Kaczyński persönlich, der seit 2003 die Partei führt, soll seine Vertrauten zurückgepfiffen haben.

Barbara Nowacka ist das Gesicht dieses Frauenaufstands. Einerseits. Doch spätestens seit den Protesten wurde sie noch viel mehr. Auf ihr ruht die Hoffnung der Enttäuschten in Polen. Beim Gespräch in ihrem Warschauer Büro dämpft sie die Erwartungen. „Niemand kann Jarosław Kaczyński stoppen, wenn wir den demokratischen Rahmen aufrechterhalten wollen“, sagt Barbara Nowacka. „Und das wollen wir.“

Es brauche eine politische Vision. Die will sie mit ihrer parteiübergreifenden Plattform „Inicjatywa Polska“ (Initiative Polen) erarbeiten. Wenn die Mitglieder sich auf gemeinsame Positionen einigen, könnten sie bei den Parlamentswahlen 2019 antreten. Beobachter haben die jetzige innerparlamentarische Opposition abgeschrieben: zerstritten, einfallslos, ohne echten Wortführer.

Deshalb hoffen viele auf frischen Wind durch die pragmatische Frauenrechtlerin. Die 41-jährige Nowacka hat Informatik und Betriebswirtschaft studiert, sie kontrolliert die Finanzen an der Polnisch-Japanischen Hochschule für Computertechnik in Warschau. „Ich hatte nie das Gefühl, dass ich etwas nicht kann, nur weil ich eine Frau bin“, sagt sie. Zusammen mit ihrem Partner Maciej kümmert sie sich um die Kinder Zosia, 6, und Kuba, 9. Das Paar pflegt ein für Polen immer noch ungewöhnliches Familienleben: Maciej hat einen flexiblen Job, er kocht und hilft Kuba bei den Hausaufgaben. Barbara und er sind nicht verheiratet. „Das machen wir einfach nicht, solange nicht jeder Mensch das Recht dazu hat“, sagt Nowacka.

Sie fordert besser bezahlte Jobs, mehr Kitaplätze, Sexualkundeunterricht in der Schule. Frauen müssten hormonell verhüten können, allzu oft verweigerten Ärzte und Apotheker die Herausgabe der Pille – mit Verweis auf ihr Gewissen, sagt Nowacka.

All diese Ideen stören das Weltbild der PiS-Politiker, die Polen erbarmungslos in einen reaktionären Staat umbauen. Am Verfassungsgericht streiten sie nach wie vor über die rechtmäßige Berufung der Richter. Drei von ihnen waren noch von der Vorgängerregierung ernannt worden, die PiS erkennt sie nicht an. Das Gericht ist arbeitsunfähig. Dann wollte die PiS-Fraktion den Zugang von Medienvertretern im Parlament beschränken, erneut protestierten die Menschen – für die Pressefreiheit. Bei den Wählern ist die Regierung trotzdem erstaunlich beliebt, Parteichef Kaczyński strotzt vor Selbstvertrauen – das wird auch Bundeskanzlerin Merkel zu spüren bekommen, wenn sie ihn Anfang Februar in Polen treffen wird.

Um bei den Wahlen zu reüssieren, muss Barbara Nowacka viel Überzeugungsarbeit leisten. Und dafür setzt sie ganz unten an. „Wir werben momentan in den Städten dafür, Grundschulkinder kostenlos mit dem Bus fahren zu lassen“, sagt sie. Familien könnten Geld sparen, die Kommunen koste es aber kaum etwas. Łódź, Krakau, Breslau und andere machen schon mit, in Warschau denkt die Stadtverwaltung darüber nach. Es klingt nicht weltbewegend, eher langweilig und nach klassischem Graswurzelkampf. Aber vielleicht setzt es das um, was man immer von Politikern verlangt: dass sie die Probleme der Bürger ernst nehmen.

FOTO: PIOTR MALECKI